Ausgabe 5 | 2019

Diskussionspapier des Landesbüros NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung

WEITERDENKEN

Frank Decker

Vertrauen und Demokratiezufriedenheit an Rhein und Ruhr

„Vertrauen ist die seelische Grundlage der repräsentativen Demokratie, und alle politischen Auseinandersetzungen in ihr sind weniger Kampf um Willen und Macht als um Vertrauen" (Hennis 1962: 329). Heutzutage ist die Rede von einer Vertrauenskrise der Demokratie allgegenwärtig. Es herrscht ein deutlich spürbarer Unmut über den Zustand der Demokratie in Deutschland. Wie groß ist das Ausmaß dieses Unmutes tatsächlich? Wie verteilt er sich auf verschiedene Bevölkerungsgruppen? Welche Ursachen liegen der wachsenden Demokratieunzufriedenheit zugrunde? Und welche Möglichkeiten gibt es, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen?

Um diesen Fragen auf den Grund zu gehen, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung eine Untersuchung in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse seit August 2019 vorliegen (Decker et. al. 2019). Das Herzstück der Studie bildet eine zwischen dem 4. März und 2. April 2019 vom Berliner Meinungsforschungsinstitut infratest dimap durchgeführte computergestützte telefonische Repräsentativbefragung von 2.500 Wahlberechtigten in Deutschland ab 18 Jahren. 630 davon wurden im Ruhrgebiet befragt, 282 im übrigen Nordrhein-Westfalen.

Die Ergebnisse der Gesamtstudie sind besorgniserregend: Weniger als die Hälfte der Menschen in Deutschland ist damit zufrieden, wie die Demokratie in unserem Land funktioniert. Zwei Drittel glauben, dass es den nachfolgenden Generationen schlechter gehen wird. Ebenfalls zwei Drittel der Befragten sind der Meinung, ein erheblicher Teil der Bevölkerung habe von der guten wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre nicht profitiert. Und sogar 90 Prozent stimmen der Aussage zu, dass in der heutigen Gesellschaft Egoismus mehr zähle als Solidarität.

Nachfolgend werden die Ergebnisse einer Sonderauswertung der FES-Vertrauensstudie für das Ruhrgebiet und Nordrhein-Westfalen dargestellt.

Prof. Dr. Frank Decker
Frank Decker, geb. 1964, ist seit 2001 Professor für Politische Wissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und seit 2011 auch Wissenschaftlicher Leiter der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Demokratie- und Parteienforschung.

Allgemeines soziales Vertrauen

Soziales Vertrauen in Mitbürger_innen spielt in der Organisation von komplexen Gesellschaften wie unserer eine wichtige Rolle, in denen wir räumlich und zeitlich mit uns nicht bekannten Personen kooperieren müssen. Soziales Vertrauen ist eng mit dem Demokratievertrauen verbunden, denn gegenseitiges Vertrauen (in die Demokratie) ist der Kitt der Gesellschaft. Es basiert auf der Annahme, dass wohlwollend und im Interesse aller Bürger_innen gehandelt wird. Das soziale Vertrauen bildet damit eine Grundlage für politisches Vertrauen.

Die Frage, ob man den meisten Menschen vertrauen könne, beantworten 63,4 Prozent der Ruhrgebietsbewohner_innen positiv. 18,7 Prozent sagen dazu uneingeschränkt Ja, während 14,9 Prozent die Frage klar verneinen. Damit ist das allgemeine soziale Vertrauen an Rhein und Ruhr mit dem in ganz NRW vergleichbar und liegt leicht über dem Bundesschnitt, in dem die Frage zu 58,9 Prozent positiv beantwortet wurde.

Zukunftsvertrauen

Zur Erhebung des Zukunftsvertrauens sollten die Befragten die Zukunftsperspektiven der nachfolgenden Generationen einschätzen. Mit 31,7 Prozent erwartet nicht einmal ein Drittel der Befragten im Ruhrgebiet, dass es zukünftige Generationen alles in allem besser haben werden als gegenwärtige. Die Annahme, dass es diesen sogar wesentlich besser gehen werde, äußern lediglich 4,6 Prozent, während umgekehrt 23,0 Prozent der Ansicht sind, es werde ihnen wesentlich schlechter gehen. Damit sind positive Zukunftseinschätzungen hier zwar etwas stärker verbreitet als in NRW insgesamt (30,1 Prozent Zukunftsoptimist_innen), aber leicht unterdurchschnittlich im gesamtdeutschen Vergleich (33,7 Prozent).

Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie

Im Ruhrgebiet zeigen sich nur noch 54,7 Prozent der Befragten sehr oder ziemlich zufrieden mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert. So sehr dieses

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Landesbüro NRW

Level der Demokratie(un)zufriedenheit 70 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes zu denken geben sollte, liegt dieser Wert dennoch leicht höher als in NRW insgesamt (53,3 Prozent) und vor allem in ganz Deutschland, wo die Zufriedenen mit 46,6 Prozent sogar in der Minderheit sind. Im Ruhrgebiet und in ganz NRW äußert gut jede_r Zehnte, sehr zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie zu sein, in Deutschland insgesamt nur etwa jede_r Dreizehnte; als überhaupt nicht zufrieden bezeichnet sich an Rhein und Ruhr knapp jede_r Neunte, NRW- und deutschlandweit mehr als jede_r Achte.

Alternative Regierungsmodelle

Vor die Frage gestellt, wer am besten über Gesetze entscheiden sollte, spricht sich im Ruhrgebiet mit 45,9 Prozent die relative Mehrheit für gewählte Abgeordnete und Regierungsvertreter_innen aus. Dass dies den Bürger_innen in regelmäßigen Volksentscheiden obliegen sollte, meinen 38,0 Prozent. Noch eindeutiger fällt die Entscheidung zugunsten der repräsentativen Demokratie in ganz NRW aus (47,4 zu 34,8 Prozent), während bundesweit das direkte Demokratiemodell leicht vorne liegt (40,1 zu 42,4 Prozent). Für eine technokratische Entscheidungsfindung durch neutrale Expert_innen und Verfassungsgerichte stimmen etwas unterdurchschnittliche 14,0 Prozent und für das autokratische Modell einer einzelnen Führungspersönlichkeit mit umfassender Entscheidungsmacht leicht überdurchschnittliche 2,1 Prozent.

Institutionenvertrauen

Was den parteilichen Kern des repräsentativen Institutionensystems betrifft, so vertrauen im Ruhrgebiet der Bundesregierung 47,5 Prozent, dem Bundestag 53,7 Prozent und den Parteien 27,7 Prozent. Unter den nichtparteilichen Institutionen genießen Justiz und Gerichte das Vertrauen von 73,3 Prozent, Universitäten und andere Forschungseinrichtungen sogar von 82,7 Prozent. Den Medien schenken 44,5 Prozent Vertrauen, Internetblogs und sozialen Netzwerken nur 7,1 Prozent. Bei den Interessengruppen ist das Bild gespalten: Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften gelten 60,8 Prozent bzw. 53,7 Prozent als vertrauenswürdig, große Unternehmen und Arbeitgeber nur 24,4 Prozent. Den meisten Institutionen wird dabei mehr Kredit eingeräumt als anderswo, die Vertrauenswerte liegen meist 1 bis 5 Prozentpunkte über den NRW-weit und 5 bis 10 Prozentpunkte über den bundesweit gemessenen. Dies scheint die These zu unterfüttern, dass die Ruhrgebietsbevölkerung durch die protegierende Politik im Strukturwandel für eine populistische Anti-Eliten-Haltung weniger zugänglich ist (vgl. Dinter 2019: 32f.). Dass die Vertrauensbekundungen in Gewerkschaften und Großunternehmen diesem Muster nicht entsprechen, sondern leicht (0,6 Prozentpunkte) bzw. deutlich (4,6 Prozentpunkte) hinter den Bundeswerten zurückbleiben, dürfte auf die Schwierigkeiten des Strukturwandels im Revier verweisen. Daneben liegt auch das Vertrauen in Blogs und Universitäten leicht unter dem Bundesschnitt. Für alle Institutionen gilt, dass etwaige Vertrauensvorschüsse knapp bemessen werden: Mit Ausnahme der Justiz und der Universitäten (19,0 bzw. 15,3 Prozent) müssen sich die Institutionen mit weniger als 7 Prozent an „sehr großem" Vertrauen begnügen. Der Anteil derer, die gar kein Vertrauen in eine Institution haben, beläuft sich demgegenüber für die meisten Institutionen auf rund 6 bis 14 Prozent.

Politiker_innenbild

89,2 Prozent der Befragten im Ruhrgebiet sind der Meinung, die meisten Politiker_innen versprächen zu viel. 87,1 Prozent monieren, sie dächten nur bis zur nächsten Wahl. Immerhin 73,6 Prozent konzedieren, dass Politiker_innen einen schweren Job haben, und die Hälfte gesteht den meisten Politiker_innen zu, das Beste für das Land im Sinn zu haben. 42,2 Prozent stimmen hingegen der Aussage zu, die meisten Politiker_innen sprächen eine für sie fremde Sprache. Die Ansicht, dass die meisten Politiker_innen sich um die Sorgen von Menschen wie ihnen kümmerten, teilt nur ein knappes Drittel aller Befragten. Bildet man aus den Angaben zu allen 6 Items einen Index, der auch die Intensität der Zustimmung oder Ablehnung einbezieht, pflegen 76,7 Prozent der Befragten an Rhein und Ruhr ein eher negatives, 23,3 Prozent ein eher positives Politiker_innenbild. Überdurchschnittlich gut fällt dieses mit Blick auf die Bejahung von deren guten Intentionen, ihrem Kümmern und der Schwierigkeit ihres Berufs aus: Die entsprechenden Werte liegen je rund 7 Prozentpunkte über dem Bundesschnitt.

Probleme der parlamentarischen Parteiendemokratie

Um die Ursachen des mangelnden Vertrauens in die repräsentativen Institutionen näher zu untersuchen, wurden den Befragten fünf Aussagen vorgelegt, die in der politologischen Forschung empirisch abgestützte Problemlagen der parlamentarischen Parteiendemokratie auf den Punkt bringen. Die Befragten sollten angeben, ob es sich bei den beschriebenen Phänomenen aus ihrer Sicht um ein sehr großes, ein großes, ein kleines oder gar kein Problem für die Demokratie in Deutschland handelt. Alle fünf Phänomene werden von den Befragten mehrheitlich als (sehr) großes Problem eingestuft. Die meisten Befragten an Rhein und Ruhr (74,6 Prozent) kommen bezüglich der geringeren Wahlbeteiligung ärmerer Menschen an Wahlen zu diesem Urteil. Am großen Einfluss der Interessengruppen und Verbände auf politische Entscheidungen stoßen sich 71,1 Prozent. 67,9 Prozent problematisieren, dass die Bundestagsabgeordneten in ihrer sozialen Zusammensetzung nicht die Bevölkerung widerspiegeln. 59,2 Prozent bemängeln, dass die Koalitionsfraktionen sich dem politischen Willen der Regierung unterordnen. Dass bei der Wahl nicht klar ist, welche Koalition man mit seiner Stimme herbeizuführen hilft, halten 54,6 Prozent für problematisch. Diese Zustimmungswerte entsprechen recht genau denen auf Bundesebene.

Politische (Selbst-)Wirksamkeit

Keine großen Unterschiede zum Bundesschnitt ergaben sich auch bei den sechs in der Umfrage enthaltenen Items zum Eindruck der Responsivität des politischen Systems und zum Gefühl eigener politischer Wirksamkeit. Aus Sicht von 40,0 Prozent der Befragten im Ruhrgebiet macht es keinen Unterschied, wer an der Regierung ist. 60,6 Prozent fällt es schwer, politische Entscheidungen einer bestimmten Partei oder Person zuzuordnen. 63,1 Prozent sind der Meinung, jenseits von Wahlen gebe es für die Bürger_innen nicht genügend Beteiligungsmöglichkeiten. Aus Sicht von zwei Dritteln sind die Probleme heute so kompliziert geworden, dass sie nur sehr schwer erklärbar sind. Dies wird aber von den Politiker_innen erwartet: 81,2 Prozent werfen diesen vor, die Bürger_innen nicht genügend über bestehende Probleme und mögliche Lösungen aufzuklären. Neben der Bringschuld der Politiker_innen wird aber auch eine Holschuld der Bürger_innen gesehen: 89,8 Prozent glauben, die meisten Menschen informierten sich nicht ausreichend über Politik. Ihr eigenes politisches Interesse stufen 59,5

Prozent als (sehr) stark ein. 28,8 Prozent geben an, sich mittelmäßig für Politik zu interessieren, und 11,7 Prozent äußerten, dass sie wenig oder überhaupt kein solches Interesse hegen.

Demokratiereformen

Um nicht bei einer bloßen Problembeschreibung stehenzubleiben, wurde die Hälfte der Umfrageteilnehmer_innen zu sechs demokratiepolitischen Reformvorschlägen befragt. Zu ermitteln war, ob sie diese für sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder überhaupt nicht geeignet hielten, um die Meinungen und Interessen der Bürger_ innen wirksam in den politischen Prozess einzubringen. Davon werden vier mehrheitlich als sehr oder ziemlich gut geeignet eingestuft: eine nichtbindende Volksinitiative, um neue Impulse in den politischen Prozess einzubringen (86,5 Prozent), eine umfassende und in Vorschlägen an den Bundestag mündende Diskussion gesellschaftlicher Grundfragen durch Gruppen zufällig ausgeloster Bürger_ innen (66,4 Prozent), eine konkrete Entscheidung der Bürger_ innen über die Regierungsbildung bei der Wahl (57,3 Prozent) und eine verbindliche Vetoinitiative gegen von den Repräsentanten bereits getroffene Entscheidungen (56,2 Prozent). Während die letzteren beiden Ideen an Rhein und Ruhr weniger Zuspruch finden als bundesweit (um 6,5 bzw. 8,4 Prozentpunkte), erfreuen sich die deliberativen Loskammern einer – auch im Vergleich zu NRW insgesamt – um rund 4,5 Prozentpunkte höheren Zustimmung. Keine Mehrheit gibt es für die Einführung einer Wahlpflicht (37,9 Prozent) oder für Nichtparteimitglieder geöffnete Vorwahlen zur Bestimmung der Spitzenkandidat_innen (30,2 Prozent).

Verteilung der Wohlstandsgewinne

Der Aussage, in Deutschland habe ein erheblicher Teil der Bevölkerung von der guten wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre nicht profitiert, stimmen an Rhein und Ruhr 69,3 Prozent der Befragten zu – etwa 5 Prozentpunkte mehr als im NRW- und im Bundesschnitt. Diese gesteigerte Wahrnehmung verteilungspolitischer Schieflagen könnte mit der im Ruhrgebiet überdurchschnittlich stark zutage tretenden sozialen Ungleichheit (vgl. Dinter 2019: 33) erklärt werden.

Aufgabenerfüllung des Staates in der Sozialpolitik

Die sozialstaatliche Aufgabenerfüllung wird je nach Bereich recht unterschiedlich bewertet. Die Aufgabe, den Zugang zu einer guten Schulbildung zu sichern, halten 60,9 Prozent für (sehr) gut erfüllt. Auch mit der Leistung des Staates in den Aufgabenfeldern, Arbeitslosen einen angemessenen Lebensstandard zu sichern (59,5 Prozent) und die gesundheitliche Versorgung für Kranke und Pflegebedürftige sicherzustellen (56,8 Prozent), ist eine Mehrheit zufrieden. Deutlich kritischer zeigen sich die Befragten in Bezug auf die Aufgabe, alten Menschen einen angemessenen Lebensstandard zu sichern. Nur 31,6 Prozent beurteilen die staatliche Aufgabenerfüllung in diesem Bereich als (sehr) gut. Bei der Aufgabe, für ausreichenden (bezahlbaren) Wohnraum zu sorgen, gilt dies sogar nur für 15,4 Prozent. Vom NRW-Schnitt weicht das Ruhrgebiet damit jeweils nur geringfügig ab. Im Vergleich zu Deutschland insgesamt fällt auf, dass an Rhein und Ruhr der Zugang zu guter Schulbildung um 7,5 Prozentpunkte seltener positiv evaluiert wird, während das Urteil bezüglich der Absicherung im Alter und der Gesundheitsversorgung um je rund 5,5 Prozentpunkte häufiger positiv ausfällt. Misst man die durchschnittliche Intensität der (Un-)Zufriedenheit über die fünf Aufgabenfelder hinweg, lassen sich – ähnlich wie landes- und bundesweit – 38,9 Prozent der Befragten als überwiegend zufrieden und 61,1 Prozent als überwiegend unzufrieden mit der sozialstaatlichen Aufgabenerfüllung kategorisieren.

Sozialpolitische Reformvorschläge

Die Befragten wurden gebeten, auch zu einigen sozialpolitischen Reformvorschlägen Stellung zu nehmen. 90,6 Prozent halten eine stärkere Verfolgung von Steuerflucht und Steuervermeidung für wünschenswert, auch wenn der Staat dafür CDs mit gestohlenen Daten kaufen muss. 84,3 Prozent würden es begrüßen, wenn die Kommunen bei Anlässen wie der Geburt eines Kindes die Menschen darüber informierten, welche staatlichen Leistungen ihnen zustehen. 75,0 Prozent sprechen sich dafür aus, die Beiträge von Geringverdienenden zur Renten- und Sozialversicherung zu reduzieren. 73,4 Prozent stimmen einer Grundrente ohne Bedarfsprüfung nach 35 Beitragsjahren zu. 60,3 Prozent halten ein staatliches Vorkaufsrecht für Wohnungen, Grundstücke und Häuser für geboten, um bezahlbaren Wohnraum auch in den Innenstädten zu schaffen. 43,1 Prozent finden es ungerecht, wenn Kinder große Vermögen erben und dadurch bessere Chancen im Leben haben. 38,5 Prozent plädieren für eine Verpflichtung Arbeitsloser, jeden Job anzunehmen, auch wenn dieser nicht ihrer Qualifikation und ihrem Vorverdienst entspricht. 30,3 Prozent sind der Meinung, Zugewanderte sollten generell weniger Sozialleistungen erhalten als Einheimische. Damit liegt die Zustimmung zu den sozialpolitischen Reformvorschlägen im Ruhrgebiet bis auf die Beitragsermäßigung für Geringverdienende und die Grundrente leicht höher als NRW-weit, am stärksten beim Vorkaufsrecht und den Erbschaften (je rund 6,3 Prozentpunkte). Im Vergleich zum Bundesschnitt fällt sie hingegen zumeist geringer aus, am stärksten bei der Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln (6,6 Prozentpunkte) und insbesondere der Reduzierung von Sozialleistungen für Zugewanderte (15,8 Prozentpunkte). Obwohl das Ruhrgebiet wahrlich von Strukturproblemen geplagt ist, sind wohlfahrtschauvinistische Einstellungen in keiner anderen deutschen Region so wenig verbreitet wie hier. Bei den Erbschaften (4,4 Prozentpunkte) und vor allem bei der Steuerflucht (7,1 Prozentpunkte) lagen die Zustimmungswerte dagegen deutlich oberhalb des Bundesdurchschnitts.

Erwartungen an den Staat

Eine weitere Fragebatterie war der Frage gewidmet, in welchen Bereichen von Daseinsvorsorge und Infrastruktur die Befragten ein stärkeres Engagement des Staates wünschen. Alle Vorschläge wurden dabei an die Bedingung geknüpft, dass zu ihrer Umsetzung gegebenenfalls höhere Steuern erhoben werden müssten. Die meiste Zustimmung erfährt die Ausstattung auch dünn besiedelter Regionen mit schnellem Internet (84,4 Prozent), gefolgt vom Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (79,3 Prozent) und der Förderung der vom Kohleausstieg betroffenen Regionen (73,7 Prozent). Auch eine bessere kommunale Finanz- und staatliche Personalausstattung werden mehrheitlich befürwortet (je rund 61 Prozent). Im Vergleich zu NRW insgesamt wurde eine Erhöhung von Angebot und Qualität der Busse und Bahnen im Ruhrgebiet häufiger gefordert, im Vergleich zum Bund wird die Notwendigkeit mehr staatlichen Personals stärker gesehen (je rund 6,3 Prozentpunkte Differenz). Überraschend erscheint, dass die Förderung von Kohleregionen im Rahmen des anvisierten Ausstiegs an Rhein und Ruhr leicht unterdurchschnittlich nachgefragt wird. Allerdings wird hier dem Item etwas häufiger voll und ganz zugestimmt (39,4 Prozent) als deutschlandweit (35,2 Prozent).

Rückgang des gesellschaftlichen Zusammenhalts und Gründe

79,6 Prozent der Befragten im Ruhrgebiet stimmen der Aussage zu, der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft sei zurückgegangen. 36,0 Prozent vertreten diese Meinung sogar voll und ganz, während nur 3,5 Prozent dieser Auffassung überhaupt nicht zustimmen. Damit liegt die generelle Zustimmung insgesamt rund 4 Prozentpunkte über der deutschlandweit gemessenen.

Denjenigen, die der These eines zurückgegangenen gesellschaftlichen Zusammenhalts zustimmten, wurden anschließend vier mögliche Ursachen für dieses Phänomen genannt. Ganze 92,6 Prozent halten es für einen sehr wichtigen (48,6 Prozent) oder wichtigen Grund, dass in der heutigen Gesellschaft Egoismus mehr gelte als Solidarität. 63,5 Prozent erkennen in einem Mangel an Gelegenheiten zu schichtübergreifendem Zusammenkommen einen (sehr) wichtigen Erklärungsfaktor. 57,4 Prozent betrachten als solchen die infolge der Globalisierung verringerten Möglichkeiten des Staates, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Mit 45,9 Prozent sieht nur eine Minderheit einen wichtigen oder sehr wichtigen Grund für den Rückgang des Zusammenhalts darin, dass Deutschland zu viele Zuwanderer bzw. Zuwanderinnen aus anderen Kulturkreisen aufgenommen habe. Dies sind 3,4 Prozentpunkte weniger als im Bundesschnitt, was das Image des Ruhrgebiets als „Integrationsweltmeister" mit einer über 150-jährigen Erfahrungsgeschichte der Arbeitsmigration bestätigt (vgl. Dinter 2019: 32f.).

Gesellschaftliche Konflikte

Die Befragten sollten zudem die Stärke von sechs gesellschaftlichen Konflikten einschätzen. Am häufigsten als starker oder sehr starker Konflikt eingestuft wird dabei mit 90,3 Prozent jener zwischen Zuwanderungsgegner_innen und -befürworter_innen. An zweiter Stelle folgt der Konflikt zwischen Arm und Reich (67,2 Prozent) vor jenem zwischen wirtschaftsstarken und strukturschwachen Regionen (68,9 Prozent). Jeweils nur von einer Minderheit werden (sehr) starke Konflikte zwischen Ost und West (34,9 Prozent), Jung und Alt (20,4 Prozent) oder Stadt und Land (14,9 Prozent) wahrgenommen. Mit Ausnahme des Konflikts um die Zuwanderungsfrage werden an Rhein und Ruhr durchweg um 3,5 bis 6,5 Prozentpunkte seltener (sehr) starke Gegensätze gesehen als deutschlandweit. Dies zeigt sich auch, wenn man einen entsprechenden Index bildet: Im Revier zeichnen sich 60,8 durch eine geringe Konfliktwahrnehmung aus, landesweit nur 52,2 und bundesweit nur 49,3 Prozent.

Überwindung der Konflikte

Als (sehr) unterstützenswerte Maßnahmen zur Überwindung der gesellschaftlichen Konflikte erscheinen den Befragten im Revier besonders eine bessere Personal- und Finanzausstattung für Schulen in ärmeren Stadtteilen (81,7 Prozent) und eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen (70,9 Prozent). Eine mehrheitliche Unterstützung finden auch eine stärkere Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung (59,0 Prozent), eine gesetzliche Quote für unter 35-Jährige im Bundestag (54,5 Prozent) und – anders als landes- und bundesweit – knapp auch ein Schuldenerlass für strukturschwache Kommunen (51,9 Prozent). Eine stärkere Vertretung Ostdeutscher in gesellschaftlichen und politischen Spitzenpositionen befürworten nur 42,4 Prozent, was sich vom Anteil in Westdeutschland (44,5 Prozent) nur geringfügig, vom Anteil in Ostdeutschland (63,6 Prozent) hingegen stark abhebt.

Fazit

Vergleicht man abschließend die Ergebnisse der Sonderauswertung der FES-Vertrauensstudie für das Ruhrgebiet mit den bundesweiten Ergebnissen, lässt sich feststellen, dass sowohl die Probleme der parlamentarischen Parteiendemokratie als auch die politische (Selbst-)Wirksamkeit von Seiten der jeweiligen Bevölkerung ähnlich eingeschätzt werden. Dies gilt auch für die Zufriedenheitswerte im Zusammenhang mit der Aufgabenerfüllung des Staates in der Sozialpolitik. Die gemessenen Werte hinsichtlich des allgemeinen sozialen Vertrauens, der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie sowie des Institutionenvertrauens fallen im gesamtdeutschen Vergleich überdurchschnittlich aus. Darüber hinaus lässt sich im Ruhrgebiet eine geringere Konfliktwahrnehmung feststellen. Anders als auf Bundesebene zieht eine relative Mehrheit ein repräsentatives Demokratiemodell einem direkten Demokratiemodell vor. Als Investitionsfelder werden vor allem der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs sowie des Internets in dünn besiedelten Regionen genannt.

Im Vergleich zu den bundesweiten Ergebnissen unterdurchschnittlich fallen die Ergebnisse hinsichtlich des Zukunftsvertrauens aus. Auch geben verglichen mit dem Bundeswert mehr Befragte an, nicht zu glauben, dass die Wohlstandsgewinne der letzten Jahre gerecht verteilt worden seien. Darüber hinaus stimmen überdurchschnittlich viele Befragte der Aussage zu, dass der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zurückgegangen sei.

Aus den Ergebnissen der Studie lässt sich herleiten, dass in keiner anderen deutschen Region wohlfahrtschauvinistische Einstellungen so wenig verbreitet sind wie im Ruhrgebiet. Außerdem bestätigen die Ergebnisse das integrationsfreundliche und -fähige Image des Ruhrgebiets. Die Sonderauswertung und damit die Bestandsaufnahme des Demokratievertrauens im Ruhrgebiet und in Nordrhein-Westfalen offenbart, in welchen Bereichen der Demokratie ein Vertrauensdefizit herrscht, sie zeigt jedoch gleichzeitig auf, wo sich Handlungsfelder öffnen, um in Zukunft dieses Vertrauen zurückgewinnen zu können.

Literatur:

Decker, Frank, Volker Best, Sandra Fischer, Anne Küppers (2019), Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik?, Bonn (Friedrich-Ebert-Stiftung).

Dinter, Jan (2019): Politischer Strukturwandel? Populismus und soziale Gegensätze im Ruhrgebiet, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 69 (1–3), S. 31–38.

Hennis, Wilhelm (1962), Amtsgedanke und Demokratiebegriff. In: Ulrich Matz (Hg.), Grundprobleme der Demokratie, Darmstadt, S. 323–346.

Impressum: © Friedrich-Ebert-Stiftung | Herausgeber: Landesbüro NRW, Petra Wilke (V. i. S. d. P.), Godesberger Allee 149, 53175 Bonn | Tel.: 0228 883-7202 | Fax: 0228 883-9208 | landesbuero-nrw@fes.de | www.fes.de/landesbuero-nrw | www.facebook.com/FESNRW | twitter.com/FESNRW | ISBN: 978-3-96250-473-1 | Gestaltung: pellens.de | Druck: Druckerei Brandt, Bonn | Fotos: FES; NRW-Fahne: Yul/fotolia.com; Skyline: Hans-Jürgen Landes; shamm, Tobias Arhelger, Henrik Dolle, photofranz56, elxeneize/fotolia.com; Beeldbewerking, AndresGarciaM/istockphoto.com; birdys/photocase.de; Lokilech, Thomas Wolf/Commons wikimedia.org

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung der Friedrich-Ebert-Stiftung nicht gestattet.

Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind von den Autor_innen in eigener Verantwortung vorgenommen worden.